



## Bundesminister Schmidt: 'Mit hochwertigen Produkten und Qualität die positiven Trends auf dem Biomarkt nutzen'

Bundesminister Schmidt: "Mit hochwertigen Produkten und Qualität die positiven Trends auf dem Biomarkt nutzen"  
Biobranche diskutiert im Rahmen der Weltleitmesse Biofach in Nürnberg die Zukunft des Ökologischen Landbaus  
Zum Beginn der Weltleitmesse des ökologischen Landbaus, der Biofach in Nürnberg, hat Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt am Mittwoch die Potenziale der Branche aufgezeigt und eine klare Richtung für die Zukunft vorgegeben.  
"Der Umsatz und die Nachfrage steigen im Ökolandbau kontinuierlich an. Dahinter steckt ein enormes Potenzial für die deutsche und europäische Landwirtschaft. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dieses Potenzial auszuschöpfen - aus wirtschaftlichem Interesse, aber vor allem auch im Interesse eines nachhaltigen Umgangs mit unseren Ressourcen. Der ökologische Landbau soll auch in Zukunft erfolgreich sein und kann dabei auf meine Unterstützung zählen. Ich kämpfe für attraktive Rahmenbedingungen und werde die Branche dabei unterstützen, einen konkreten Zukunftsplan zu erarbeiten", sagte Schmidt am Mittwoch.  
Von Mittwoch bis Freitag zeigen in Nürnberg mehr als 2300 Aussteller aus über 70 Ländern, wie leistungsstark und vielseitig der Biosektor ist. Vertreter der Branche und der Politik diskutieren bei zahlreichen Kongressen und Veranstaltungen vor allem die Zukunftsperspektiven des ökologischen Landbaus. "In Deutschland drängt sich die Frage auf, wie wir die stetig steigende Nachfrage decken und mehr heimische Bioprodukte auf den Markt bringen können. Und dies mit fairem Wettbewerb: Denn mit hochwertigen Produkten und guter Qualität lassen sich die positiven Trends auf dem Markt langfristig am besten nutzen. Deshalb arbeiten wir intensiv an einem Ordnungsrahmen, der fairen Wettbewerb auf europäischer und auf globaler Ebene garantiert. Nur so sichern wir unser hohes Qualitätsniveau und das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher", sagte Schmidt.  
Weltweit geltende und faire rechtliche Rahmenbedingungen sind nicht nur für die Weiterentwicklung der ökologischen Lebensmittelwirtschaft mitentscheidend. Sie sind auch ausschlaggebend für mehr Nachhaltigkeit in der Land- und Lebensmittelwirtschaft insgesamt. "Zu fairem Wettbewerb gehört, dass nur Bio drauf steht, wenn auch wirklich Bio drin ist. Das ist das gute Recht der Verbraucher und es darf keine Rolle spielen, ob die Produkte aus Europa oder aus anderen Teilen der Welt kommen", sagte Schmidt. Gleichzeitig dürfe der rechtliche Rahmen den Unternehmen aber nicht die Luft zum Atmen nehmen. Vor diesem Hintergrund forderte Schmidt eine ausgewogene, verhältnismäßige Weiterentwicklung der geltenden Regelungen, wo dies auch tatsächlich erforderlich ist. Das gelte vor allem auch für die wachsenden internationalen Handelsverflechtungen.  
Bei der Weiterentwicklung der europäischen Regelungen will Schmidt die Bio-Kontrolle und die Importregelungen praxisorientiert und gezielt weiterentwickeln, dabei aber an der Prozesskontrolle festhalten. Diese Position hat Bundesminister Christian Schmidt am Dienstagabend erneut EU-Agrarkommissar Phil Hogan erläutert. "Der Agrarkommissar kennt unsere Position und ist offen für unsere Argumente. Ich bin zuversichtlich, dass wir in überschaubarer Zeit eine Regelung finden werden, die den Herausforderungen unserer Öko-Branche gerecht wird. Wir dürfen nicht riskieren, gerade den kleinen und mittleren Betrieben durch übertriebene Forderungen die Luft zum Atmen zu nehmen", sagte Schmidt.  
Um den Rahmen, in dem ökologische Betriebe wirtschaften, attraktiver zu machen, setzt Bundesminister Schmidt nicht zuletzt auf entsprechende Prämien: "Mit meiner Politik stehe ich an der Seite der Bio-Landwirtschaft." So wurden die Fördersätze für die ökologische Bewirtschaftung der Fläche im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) in den vergangenen Jahren stetig erhöht. Von 2013 auf 2015 stiegen die Prämien für die Beibehaltung des Ökolandbaus beispielsweise um fast 25 Prozent. Außerdem wurden die Betriebe im Zuge der Umsetzung der europäischen Agrarreform weiter gestärkt, indem die ersten Hektare eines Betriebes künftig noch besser gefördert werden und die Gelder in der zweiten Säule, mit denen der Ökolandbau unterstützt wird, weiter erhöht wurden.  
Um den Ökolandbau weiter zu stärken, forderte Bundesminister Schmidt die Branche auf, gemeinsam mit der Politik in einem breit angelegten Prozess eine Zukunftsstrategie für den Ökolandbau zu erarbeiten. "Nur wenn wir eine kohärente Gesamtstrategie erarbeiten, die alle Akteure einbezieht, können wir den ökologischen Landbau nachhaltig voranbringen und die bestehenden Potenziale voll ausschöpfen. Deswegen lade ich alle Beteiligten ein, an unserem Zukunftsplan mitzuarbeiten. Am Ende soll eine Roadmap stehen, die darlegt, was Wirtschaft, Wissenschaft, Verbände und der Staat verbessern können, um den ökologischen Landbau in eine sichere und attraktive Zukunft zu führen", sagte Schmidt. Der Startschuss für die Erarbeitung der Zukunftsstrategie Ökolandbau wird im Frühjahr fallen. Der gesamte Prozess soll bis Ende 2016 abgeschlossen sein.  
Weitere Informationen unter [www.bmel.de/oekolandbau](http://www.bmel.de/oekolandbau) und [www.oekolandbau.de](http://www.oekolandbau.de).  
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)  
Rochusstraße 1  
53123 Bonn  
Telefon: +49 22899 529-0  
Telefax: +49 22899 529-3179  
Mail: [poststelle@bmel.bund.de](mailto:poststelle@bmel.bund.de)  
URL: <http://www.bmel.de>

### Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

[bmel.de](http://bmel.de)  
[poststelle@bmel.bund.de](mailto:poststelle@bmel.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

[bmel.de](http://bmel.de)  
[poststelle@bmel.bund.de](mailto:poststelle@bmel.bund.de)

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist innerhalb der Bundesregierung zuständig für verbraucher- und ernährungspolitische Fragen, die Lebensmittelsicherheit und das Veterinärwesen, den Tierschutz, Regelungen im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Marktpolitik, Angelegenheiten des ländlichen Raums, der agrarsozialen Sicherung sowie der Forst- und Fischereipolitik.